

Das Zweiklassen Schulmodell von SPD und Grünen in Niedersachsen

Die **erste Säule** ist das Gymnasium

Die **zweite Säule** ist für den Rest. Für die, die nicht zum Gymnasium dürfen.

„An dieser Schule kann man ja auch Abitur machen.“

Das ist ihre Chancengleichheit

Aber wird das auch so sein? Und wenn diese Kinder es unter Rütli-Bedingungen* nicht schaffen, waschen sie ihre Hände in Unschuld. Fein ausgedacht.

Warum diese Umstände? Es hätte doch gereicht, wenn man das Abi auch an Sonderschulen, Hauptschulen und Realschulen einführen würde.

Die soziale Zusammensetzung, das Milieu (Baumert) ist entscheidend!

* Tagesspiegel 27.02.2007 : „Der Rütli-Brief - (...) „Keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen‘ – mit diesen Worten endete der wohl berühmteste Brief der deutschen Schulgeschichte. (...) Welchen Sinn macht es, dass in einer Schule alle Schüler versammelt werden, die weder von den Eltern noch von der Wirtschaft Perspektiven gezeigt bekommen, um ihr Leben sinnvoll gestalten zu können. (...) Der Intensivtäter wird zum Vorbild. Es gibt für sie keine positiven Vorbilder.“



Gemeinsam lernen 1

Bei der nächsten Landtagswahl **schwarz gelb** wählen, dann werden Sonderschüler, Hauptschüler und Realschüler in Zukunft gemeinsam lernen.

Gemeinsam lernen 2

Bei der nächsten Landtagswahl **rot grün** wählen, dann werden Sonderschüler, Hauptschüler und Realschüler in Zukunft gemeinsam lernen.

Die Sonderschule Gymnasium für die besseren Menschen wollen alle vier Parteien erhalten. Gibt es einen Unterschied? Ja!

Eine CDU/FDP Regierung wird IGSen nicht abschaffen können. Neben dem gegliederten System aus Gymnasium und Oberschule wird es also eine Alternative des wirklichen gemeinsamen Lernens geben. Die IGS.

Eine SPD/Grüne Regierung wird neben dem Gymnasium die IGS als zweite Säule schaffen. Die IGS wird dadurch zum zweiten unteren Teil des gegliederten Schulsystems und für bildungsnahe Eltern nicht mehr interessant sein.

Viele Menschen hoffen auf den Regierungswechsel. Sie werden wieder einmal im Regen stehen. Diese Erfahrungen machten alle Generationen mit der SPD seit 100 Jahren.

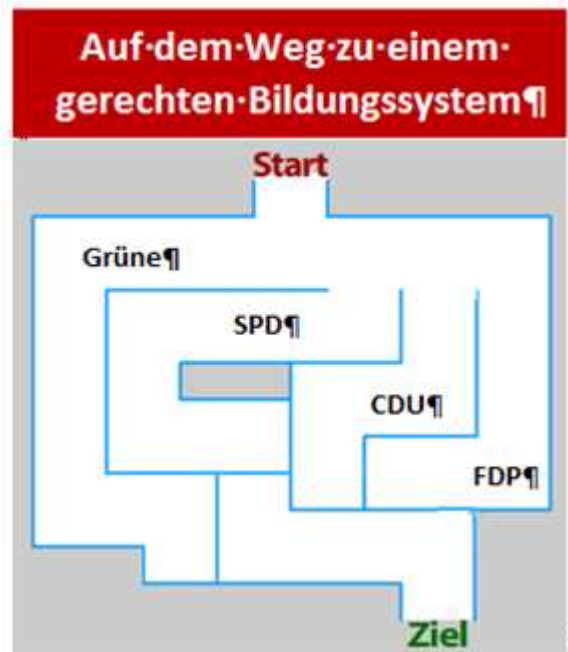
Anke, ehemaliges Mitglied der Grünen schreibt zum letzten „publik“:

„Habe grade die "kritischen Inhalte zur Grünen Bildungspolitik" gelesen. Hervorragend!“



Juni 2011 – **Politiker**

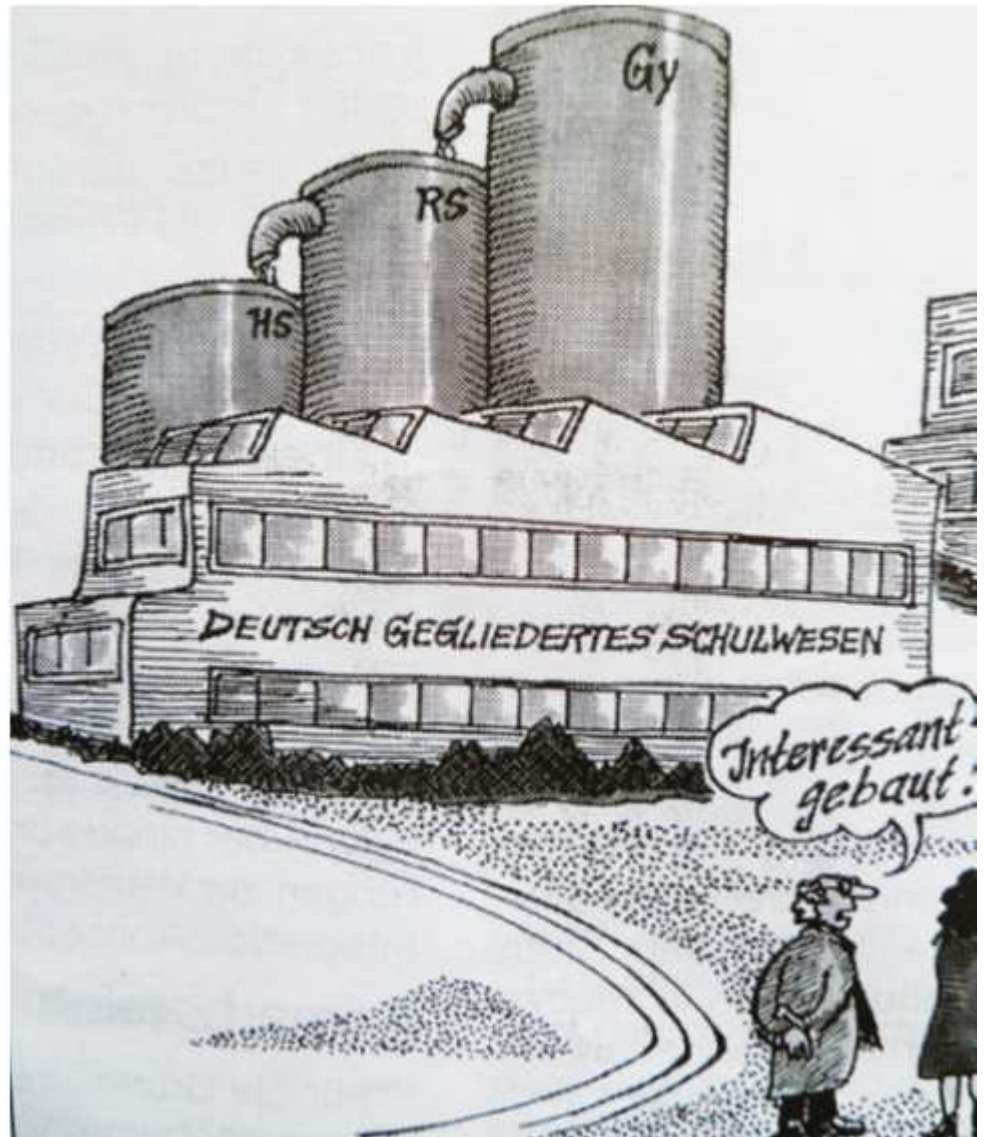
büßten in diesem Jahr noch einmal 5 % an **Glaubwürdigkeit** ein und liegen jetzt bei **9 %**.



Warum Oberschule?

Der größte Lehrerverband, **GEW** dazu:

Die Kollegien und Schulleitungen der verbundenen Haupt- und Realschulen haben keine andere Möglichkeit, um an die verbesserten Konditionen (**reduzierte Wochenstundenverpflichtung, Ganztagskonditionen, Funktionsstellen**) zu kommen, als das neue Türschild zu beantragen



Stadtschülerrat Oldenburg zur Oberschule

„...Die Landesregierung verkauft das Modell als Lösung für alle Probleme, dabei bleiben die wirklich wichtigen Veränderungen auf der Strecke. Eine Schule wird nicht besser dadurch, dass man ihren Namen ändert, sondern dadurch, dass Grundvoraussetzungen verbessert werden. So muss beispielsweise mehr Geld in Bildung investiert, mehr Lehrer eingestellt und die Klassen verkleinert werden. Zwar sollen die Schülerinnen und Schüler in den Nebenfächern zusammen unterrichtet werden, in den Hauptfächern findet der Unterricht jedoch getrennt statt,



wodurch weiterhin eine Unterscheidung zwischen Haupt- und Realschülern vorgenommen. Das Argument der Landesregierung von Chancengleichheit wird somit aufgehoben. Hinzu kommt, dass die Unterrichtsinhalte, die in der 10. Klasse der Oberschule behandelt werden, nicht mit denen der Einführungsphase der Gymnasien übereinstimmen, was den Wechsel zwischen den Schulformen erschwert. Außerdem kommt die Frage auf, warum nicht die Anforderung an die Neugründung einer Integrierten Gesamtschule durch ein Herabsenken der erforderlichen Mindestanzahl von fünf Klassen pro Jahrgang erleichtert wird. Es scheint, als bekomme die IGS als Schulform von der Landesregierung keine Unterstützung. Außerdem schürt die Reform aufgrund der unklaren Zielsetzung die Unsicherheiten bei Eltern und Schülern, anstatt Sicherheit zu verbreiten. Daher fordern wir mehr Transparenz bei den Entscheidungen der Landesregierung und ein klares Konzept. Wir schließen uns dem Landesschülerrat an, der die Anforderungen an ein qualitativ hochwertiges Schulsystems so formuliert hat:



1. Chancengleichheit für alle
2. Höchstmaß an individueller Förderung
3. Schule als Lebensraum gestalten
4. Gleicher Start für alle in der Grundschule
5. Moderne Anpassung der Lerninhalte und Lernmethoden
6. Respektierung des Schüler- und Elternwillens
7. Einbindung aller Beteiligten in die Entwicklung der Schulen
8. Zukunftsfähige Bildungslandschaft auch in der Fläche
9. Harmonische Bildungsübergänge

In diesem Sinne fordert der Stadtschülerrat ein Bildungssystem mit Zukunft zu entwickeln, welches auch Legislaturperioden übergreifend Bestand hat. Eine erneute und weitreichende Auseinandersetzung mit der Reform des Schulsystems in Niedersachsen ist absolut notwendig. Daher sehen wir keine Veränderung durch die Reform der Oberschule in Oldenburg, sondern

sehen sie als Augenwischerei, da viele Haupt- und Realschulen bereits in kooperativen Schulen zusammengelegt sind.

Für den Vorstand

Jakob Korenke (Vorsitzender des Stadtschülerrats)

Frankfurter Rundschau

Kultusminister und KMK-Präsident Bernd Althusmann (CDU): Die Gesamtschule habe die Bildungslandschaft in Niedersachsen „entscheidend mitgeprägt“ und sei „fest etabliert.“ Und: „Ich beglückwünsche Sie für die bisher geleistete Arbeit.“

Dass die Georg-Christoph-Lichtenberg-Schule eine herausragende Schule ist, macht bereits ein Blick auf eine einzige Statistik deutlich: Sie brachte nicht nur die beste Abiturientin des Jahres 2010 in ganz Niedersachsen hervor; sondern einen ganzen hervorragenden Jahrgang, in dem jeder vierte einen Abischnitt mit einer Eins vor dem Komma schaffte.

„Jeder Schüler kann etwas“

An der besonders erlesenen Schülerschaft kann das ebenso wenig gelegen haben wie an niedrigen Anforderungen. Nur 89 der 114 Schüler, die 2010 das Abitur schafften, hatten in der Grundschule eine Empfehlung für das Gymnasium bekommen; und das in einem Bundesland mit Zentralabitur. Was also kann die Schule, was andere nicht so gut können?

Schulleiter Wolfgang Vogelsaenger erklärt es so: „Wenn je ein Schüler diese Schule verlässt und von sich sagt, er könne nichts, wäre das meine größte berufliche Niederlage. Jeder Schüler kann etwas – und hier finden sie es heraus. Und zwar gemeinsam, nicht getrennt.“ Bis zur zehnten Klasse lernen die Schüler zu viert, fünft oder sechst in sogenannten Tischgruppen; Stärkere und Schwächere gemeinsam. Der Lehrer hilft bei der Zusammenstellung mit. Im Idealfall sortieren die Schüler sich aber selbst so, dass sie ganz verschiedene Kompetenzen abdecken. „Die Schüler gucken auch selbst und sagen, dass sie beispielsweise noch jemanden brauchen, der besser Englisch kann“, erläutert Vogelsaenger.

Eigenverantwortung für alle

„Und nicht nur das: Die Schüler lösen auch ihre Probleme untereinander. Wenn es in einer Klasse Ärger mit einem auffälligen Schüler gibt, fangen die anderen ihn häufig ganz allein wieder auf. Sie sind eine Lerngruppe – und jeder ist auf jeden angewiesen“, so der Schulleiter. Die Eigenverantwortung der Schüler ist dabei in Göttingen eben so heilig wie die der Mitarbeiter: Von den Lehrerteams bis zum Mensapersonal sind alle Angestellten der Schule für ihre Dienst- und Stundenpläne selbst verantwortlich.

Mit 1500 Schülern hat die Gesamtschule eine typische Größe. Damit es nicht völlig unübersichtlich wird, ist die IGS in Cluster eingeteilt: Je 180 Schüler und 15 Lehrer finden alles, was sie brauchen, auf 500 Quadratmetern vor, einen eigenen Schulhof und ein Lehrerzimmer für die Lehrer des jeweiligen Teams inklusive. Möglich wurde das, weil die Idee noch vor der Schule feststand. Vier Jahre lang diskutierten in Göttingen Architekten, Lehrer und Professoren auf der sprichwörtlichen grünen Wiese das Lernen von morgen: Wie wollen wir den Alltag organisieren und welche Räume brauchen wir dafür?

Die Gründer entschieden sich bereits 1975 für ein Modell, das gemeinsames Lernen ernst nimmt. Von Beginn an gab es kein Sitzenbleiben und kein Abschulen – und auch keine Lerngruppen, in die man stärkere oder schwächere Schüler hätte schicken können. Auf jede äußere Differenzierung zu verzichten, ist dabei etwas, was sie damals wie heute von anderen Schulen abhebt.

In aller Regel trennen auch Gesamtschulen: Statt der Schulstufen Gymnasium, Real- und Hauptschule existieren Lerngruppen, die in jedem Fach neu zusammengesetzt werden. Manche Schulen sortieren in A-, B- oder C-Gruppen für gute, mittlere oder nicht so gute Schüler oder nach dem viergliedrigen FEQA-Prinzip in Fortgeschrittenen-, Erweiterungs-, Grund- und Aufbaukurse.

Wolfgang Vogelsaenger hat das – wie auch seine Vorgänger – nie überzeugt. „Es gibt Gesamtschulen, die sortieren sogar auf fünf oder sechs Niveaus, in jedem Fach aufs Neue“, sagt er. „Wenn ich so etwas sehe, frage ich mich: Ist die Erde noch eine Scheibe? Wir wissen doch inzwischen, dass Stärkere und Schwächere am besten gemeinsam lernen.“ So gesehen hat nicht eine Gesamtschule den Deutschen Schulpreis gewonnen. Sondern eine Schule für alle, wie sie in Deutschland bis heute eine noch größere Ausnahme ist.

Bildungsministerin Annette Schavan will

**„Haupt- und Realschulen künftig bundesweit zu Oberschulen zusammenzulegen“
„Haupt- und Realschulpädagogik bleiben in den neuen Oberschulen selbstverständlich und selbstständig erhalten.“**

Landeselternrat Niedersachsen **LER**

Schulinspektion

“Die unbestritten positiven Auswirkungen, die die Schulinspektion hat, die es, sicherlich unter Einbeziehung und Verbesserung einzelner genannter und valide festgestellter Kritikpunkte, zu verbessern gilt, werden durch die geplante Weiterentwicklung, wie sie uns bisher vorliegt, zerstört und ad acta gelegt. Während sich Schule in vielen neuen Kontexten auf den Weg machen soll, wird ihr die wichtige Außenspiegelung, die externe Evaluation vorenthalten. Dies ist aber wahrscheinlich eine konsequente Entwicklung. Denn die dringend nötige und von Schulleitungen zu 65 % gewünschte Ergänzung des Berichtes etwa um eine Beratung zur weiteren Schulentwicklung fand genauso wenig statt wie eine finanziell und personell ausreichende Ausstattung der Niedersächsischen Schulinspektion, und ebenso fehlte die ausreichende Unterstützung aller Schulen hinsichtlich der Verbesserung durch die Inspektion erkannter Defizite.

Die eigenverantwortliche Schule, in deren Hauptfokus die Qualitätsentwicklung stehen sollte, wird auf diese Weise einer wichtigen Säule beraubt.“



Niedersächsisches
Kultusministerium

Die Eltern- und Schülervertretungen sind in ihrer Arbeit unabhängig. Schulleitungen und Schulbehörden haben die Eltern- und Schülervertretung bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufgaben zu unterstützen, sie haben jedoch keine Aufsichtsbefugnisse und kein Weisungsrecht. Eingriffe in die Arbeit der Eltern- und Schülervertretungen durch die Schulleitungen oder die Schulbehörden sind daher unzulässig. Insbesondere besteht kein Recht, offenkundig an den Schulleiternrat oder Schülerrat gerichtete Briefe zu öffnen, herausgehende Schreiben zu kontrollieren, oder an den Schulleiternrat oder Schülerrat gerichtete Post nicht rechtzeitig auszuhändigen.

Ingrid Wenzler: „Mein Ort ist die Schule, in der die Kinder sind, deren einzige Chance im Leben die Schule ist.“

Ingrid Wenzler schreibt:
Lieber Bernd, nicht immer lese ich deine ganze publik, wohl aber dieses Mal. Es ist eine wirklich verdienstvolle Arbeit, die du hier leistest. Ganz herzlichen Dank dafür. Mein Eindruck ist, dass in Niedersachsen mehr Basisinitiative für Gesamtschule zu finden ist als sonst wo. Herzlichen Gruß Ingrid“



Ingrid Wenzler war Dezernentin für Schulaufsicht, ist Vorsitzende der Gesamtschulstiftung und Gesamtschuldirektorin in Osterfeld Oberhausen, der ältesten Gesamtschule des Rheinlandes. Dort wo sie vor über drei Jahrzehnten als Lehrerin begann. Sie leitet ihre Schule „mit sehr viel Freude und „Gesamtschulertrag“.

Ingrid Wenzler:

„In der Gesamtschule beobachten wir, dass

- mehr Kinder aus bildungsfernen Schichten in höheren Leistungsniveaus lernen,
- viele Abiturienten und Abiturientinnen die Ersten in ihrer Familie sind,
- der Anteil der Schulversager niedriger ist als im Durchschnitt der anderen Schulformen
- und der Anteil der höheren Schulabschlüsse durchschnittlich höher ist als im Schnitt der Schulformen.“

Ihre Thesen vor Jahren, wurden z. B. auch durch den deutschen Schulpreis 2011 eindrucksvoll untermauert.

Schulfrieden auf Kosten der Kinder

Vor einem „Schulfrieden in NRW auf Kosten der Kinder“ warnt die Aktion Humane Schule (AHS). „Der angestrebte Konsens zwischen SPD, CDU und GRÜNEN droht Strukturen zu zementieren, die die Umsetzung des Auftrags zur Schaffung eines inklusiven Schulwesens verhindern“, (...)

Die Politik rechtfertigt sich damit, dass man „die Menschen mitnehmen müsse“, aber lasse dabei die Kinder zurück.

Deutschland und seine Bundesländer haben sich verpflichtet, das Schulwesen im Sinne des Art. 24 der Behindertenrechtskonvention (BRK) umzugestalten. Das beinhaltet die Orientierung der Schule an Menschenwürde und Selbstwertgefühl der Kinder sowie an der Garantie zur vollen Entfaltung ihrer Talente und Persönlichkeiten.

„Kinder nach wie vor in verschiedenwertige Schularten einsortieren zu wollen bedeutet daher einen offener Rechtsbruch“

„Eltern wünschen sich die Gesamtschule“



Gesamtschulen

Ganzheitlich und nachhaltig lernen.

Lernen kann auch Spaß machen.

Immer beliebter gerade auch bei leistungsstarken Kindern.

Landeselternrat setzt sich für Gesamtschulen ein



<http://www.ndr.de/flash/mediathek/mediathek.html?media=ndsmag8451>

Gesamtschule

Landeselternrat Niedersachsen **LER**

U. a.: „...hat der Landeselternrat mit der überwältigenden Mehrheit der Elternvertreter aller Schulformen den folgenden Gesamtschul-Forderungskatalog verabschiedet:“

- **gleichberechtigte Regelschule...**
- **Errichtung von Gesamtschulen (...)**
Schulträger entscheiden in eigener Verantwortung...
- **als gebundene Ganztagschulen...“**





Was eine „Gesunde Schule“ so ausmacht, darüber macht man sich an der Gesamtschule Wulfen schon seit Jahren Gedanken und bekam im letzten Jahr sogar schon einen Preis dafür. Derzeit steht das Thema „Gesundes Essen“ im Mittelpunkt.



Preisträger: Chor der **Gesamtschule** Harburg, "Gospel Train", 135 Jugendliche aus 16 Nationen bilden den beliebten Chor.



Schülerband „Stageline“ der Anne-Frank-Gesamtschule



Gesamtschüler mit guten Ergebnissen!

ROTBUCH



JUTTA DITFURTH

**KRIEG, ATOM,
ARMUT.**

**WAS SIE REDEN,
WAS SIE TUN:**

DIE GRÜNEN

Jutta Ditfurth hat einst die Grünen mit gegründet und war ihre Sprecherin. Nach ihrem Austritt 1991 **Ich bin oft dafür gescholten worden, dass ich den Grünen so viel "Böses" unterstelle. In der Nachbetrachtung muss ich zugeben: Meine Kritik war zu mild.**



<http://www.dradio.de/aodflash/player.php?station=1&broadcast=767136&datum=20110221&playtime=1298312402&fileid=23102bf5&sendung=767136&beitrag=1393990/> Deutschlandfunk.

Hergen Matussik zum Buch: „...mobilisierten die „Realos“ ihre Anhängerschaft außerhalb der Partei; es kam in der Folge zu Masseneintritten, was die innerparteilichen Mehrheitsverhältnisse zugunsten der Realos veränderte, die sich nicht mehr auf die Rolle einer Fundamentalopposition beschränken sondern aktiv im Regierungsgeschäft mitwirken (und daran mitverdienen) wollten. So kamen zum Bundesparteitag der Grünen 1985, auf dem eine Koalition von Grünen und SPD in Hessen zur Diskussion stand, statt der üblichen 300 Mitglieder sage und schreibe 1200, was der Realo-Fraktion und ihren Koalitionsplänen den erhofften Durchbruch brachte. Im folgenden Dezember wurde Joschka Fischer grüner Umweltminister in Hessen.

Ende der 80er Jahre gelang es den Realos, den links orientierten Bundesvorstand mit Vorwürfen über „finanzielle Unregelmäßigkeiten“ bei der Basis endgültig zu diskreditieren. Die Vorwürfe wurden später vollständig entkräftet, aber das Ziel der Lügen war erreicht. Nach einer Abstimmungs-niederlage auf der Bundesversammlung der Partei im Dezember 1988 trat der Bundesvorstand, dem auch Jutta Ditfurth angehörte, geschlossen zurück. Die Grünen erklärten in der Folge den fortschrittlich und ökologisch orientierten Mittelstand, den grünen, „konsumfreundlichen Citoyen“, zu ihrer Klientel und wandelten sich zu einer Art grüner FDP, die sich um die Belange einer meist besser verdienenden und sich selbst als fortschrittlich sehenden Bevölkerungsschicht kümmert. (...)

Das System wird nicht in Frage gestellt. Auf eine Änderung der Verhältnisse darf nicht hoffen, wer Grün wählt. Wahrscheinlicher ist es, mit Mogelpackungen abgespäst zu werden. Aber mancher Wähler will vielleicht genau dies, weil er sich nach der Stimmabgabe für die grüne Partei einfach irgendwie besser fühlt, als hätte er für eine der traditionellen Parteien gestimmt.

Für Ditfurth sind die Grünen mittlerweile zur Partei einer verrohenden Mittelschicht verkommen (JD in einem Spiegel-Interview), die begeistert über Sozial-Schmarotzertum und Überfremdung der Heimat diskutiert. Es ist eben eine bewährte Taktik in der Politik, mit Hilfe von Sündenböcken über die Ungerechtigkeiten der Realpolitik, die unseren Alltag bestimmt, hinwegzusehen und die wirklichen Ursachen und Urheberschaften von Missständen zu vertuschen.

Das Buch von Jutta Ditfurth ist eine Erinnerung daran, dass eine Demokratie, in der die Bürger sich auf den Gang zur Wahlurne beschränken und darauf vertrauen, dass die gewählten Repräsentanten das Richtige tun und im Interesse der Allgemeinheit handeln, letztlich verloren geht, weil sich die Interessen dieser Repräsentanten regelmäßig von den Interessen der Repräsentierten abkoppeln. Einer der Väter der amerikanischen Verfassung, Thomas Jefferson, war der Meinung, dass der Baum der Freiheit von Zeit zu Zeit mit dem Blut von Tyrannen und Patrioten gedüngt werden müsse. Vielleicht muß es nicht ganz so blutig sein, aber letztlich lebt Demokratie vom Mitmachen und Streiten und nicht von Delegieren, Gehorchen und Hinnehmen.

Kniefall der Grünen, Merkel setzt sich durch

Am 25.6. stimmte der Grüne Parteitag dem Merkelschen Atomgesetz mehrheitlich zu. Am Donnerstag dem 30.6. vollzog die Bundestagsfraktion der Grünen ihren Kotau vor Merkel und Röttgen.

(...) Die Vorlage der Regierung garantiert den Weiterbetrieb deutscher Atomkraftwerke bis 2022 darunter auch den des Reaktors Gundremmingen (weitere 8 Jahre tödliches Risiko), einem Siedwasserreaktor des Typs Fukushima. Der Atomausstieg ist keinesfalls unumkehrbar und selbst Gorleben als Standort für eine atomare Lagerstätte wird nicht ausgeschlossen.

(...) Der Parteitag endete mit einem unter diesen Umständen denkbar knappen Ergebnis (ca. 55% pro Merkel, 45% gegen Merkel. Nahezu die gesamte Parteiprominenz, der Bundesvorstand und zahllose Landesfürsten der Partei wie etwa Kretschmann, erster Grüner Ministerpräsident in BaWü, warfen sich in die Bresche für die Merkelregierung. Vorausgegangen waren dem Parteitag heftige Auseinandersetzungen, die sich nur teilweise in den Reden niederschlugen.

Eine unübersehbar konsequente Parteitagsregie zugunsten der Befürworter in Bundestagsfraktion und Bundesvorstand sorgte zum Beispiel dafür, dass man den einzigen Abgeordneten, der bereits zweimal ein Direktmandat seines Wahlkreises in Berlin errang, über "Los" gehen liess, statt ihm, wie von der innerparteilichen Opposition gefordert, einen gesetzten Redebeitrag zuzugestehen. *Hans Christian Ströbele* war dann zwar das "Losglück" hold, aber unmittelbar danach, konnte der Bundesvorstand den Parteitagsregularien gemäß, *Renate Künast* zugunsten von Merkel sprechen lassen ([Impressionen vom Parteitag bei "Spiegel TV"](#)).

Während sich die Parteitagsorganisator/innen am deutlichen Ergebnis der Schlußabstimmung wärmen, wird völlig ausgeblendet, dass gerade auch viele Gegner/innen dieses Kurses nach der alternativen Abstimmung der konkurrierenden Leitanträge und der abgewiesenen Änderungsanträge bereits gegangen waren und sich unter den Gegner/innen des gerade durchgesetzten Kurses zügig Desinteresse an diesem Parteitag ausbreitete.

Beobachter sprechen davon, dass dies bei den Grünen der Auftakt vor den Wahlen 2013 sein könnte, sämtliche noch verbliebenen gesellschaftlichen "Reizthemen" und Werte die sich unter ihrem Label "ökologisch, gewaltfrei, sozial und basis(demokratisch)" verbergen, zu Gunsten politischen Mittelmaßes abzuräumen.

(...) Rheinische Post (30.06.11): "Wenn wir 2013 mitregieren sollten, werden die Grünen an dem Zeitraum festhalten, dass bis 2022 der letzte Meiler abgeschaltet werden soll", sagte Höhn der "Rheinischen Post" (Donnerstagsausgabe). Sie betonte: "Das heißt, wir werden den vorzeitigen Ausstieg 2017 auch nicht mehr als Zielsetzung im nächsten Wahlkampf haben."

Die Grünen, die gerade von Wahlsieg zu Wahlsieg stürmten, weil sie offensichtlich gerade auch in der Atomfrage verspieltes Vertrauen zurückgewannen, die sich ihrer engen Verbundenheit zum "Bürger in Aktion", etwa in Stuttgart, besannen, dürften bald vor der Frage dieser Menschen stehen: "Vertrauen wie gewonnen, so zerronnen?"



DIE ZEIT: Grünen-Spitze schwenkt auf Merckels Atom-Linie ein

die tageszeitung: Grüne beugen sich

SPIEGEL ONLINE: Grünen-Spitze unterstützt Merckels Atomkurs

sueddeutsche.de: Grünen-Spitze wirbt für Merckels Atomausstieg

Vorher

nachher



DIE GRÜNEN



NWZ Kommentar: „Der **Umarmungskurs** von Kanzlerin Angela Merkel (...) zeigt klare Erfolge. (...) die Grünen schwenken auf den Kurs Merkels und ihres Umweltministers Norbert Röttgen ein. Der CDU-Vorsitzenden eröffnen sich völlig neue Machtoptionen. (...) Viel wichtiger sind für Merkel die Grünen. (...) „Pizza-Connection“ (...) einem Gesprächskreis junger Grüner- und CDU-Abgeordneter. **Man kennt sich. Man duzt sich.**“



“Wer einem Weiterbetrieb der Reaktoren bis 2022, einem AKW im Stand-by-Betrieb und reduzierten Sicherheitsanforderungen zustimmt, verliert seine Glaubwürdigkeit und kann sich nicht mehr Teil der Anti-Atom-Bewegung nennen“, erklärte Jochen Stay, Sprecher der Organisation “ausgestrahlt”.

“Wir können einen Parteivorstand, der für derartige Beschlüsse wirbt, nicht mehr unter uns dulden“, so Jan Becker von contrAtom. Auch die SPD hatte im letzten Herbst noch fleißig gegen schwarz/gelb getrommelt. “Zugunsten von politischem Prestige wurde mal wieder taktiert – das wird rot/grün teuer zu stehen kommen! **Mit diesem Zuspruch verlieren die Parteien ihre Anti-Atom-Glaubwürdigkeit.**“ (...) „Letztlich wird der Atomausstieg auf der Straße durchgesetzt – und nicht in den Parlamenten. Wir werden weiterkämpfen – außerparlamentarisch bis zur Stilllegung des letzten Meilers!“

17.03.2000

Proteste vor Grünen-Parteitag

Karlsruhe - Begleitet von ohrenbetäubenden Protesten von mehreren hundert Kernkraftbefürwortern haben die Grünen am Freitag ihren mit Spannung erwarteten Parteitag in Karlsruhe begonnen. Die Polizei musste den rund 750 Delegierten eine Gasse durch die mit phonstarken Lärminstrumenten ausgerüsteten Demonstranten freihalten, die ein Ende der Ausstiegspolitik bei Kernenergie verlangten.

10.03.2001

Grünen-Parteitag in Stuttgart

Zu **Protesten** gegen den Castor-Transport, die sich gegen den Atom-Konsens richten, werden die Grünen nicht aufrufen.

(...)

08.05.2011

Proteste bei **Grünen-Parteitag** in Rheinland-Pfalz

25.06.2011
Grünen-Parteitag
Protest

**Ein Grüner: „Die
Führungsriege ist, wie zu
erwarten war, mit einer
perfekt inszenierten
Polit-Show
durchmarschiert.“**

Grüne-Jugend-Vorsitzende Gesine Akena, die der Führung Kumpanei mit der schwarz-gelben Regierung vorwirft: „Ihr durftet kurz im Kanzleramt vorfahren und euch von Merkel erzählen lassen, was Sache ist“.



Daraus wird Jubel, als Töpfer (CDU) die Grünen-Basis beschwört (...)
Töpfer ist ein geschickter Schachzug der Grünen-Führung.

Sonder-PT Grüne Atomausstieg - Hans-Christian Ströbele
<http://www.youtube.com/watch?v=Hy63ibVegeI>

Vor über 150 Jahren sagte ein weltbekannter Mann:

«Die Wahlphilosophie der Parlamentskandidaten besteht einfach darin, dass sie ihrer linken Hand erlauben, nicht zu wissen, was ihre rechte tut, und so waschen sie beide Hände in Unschuld.»

2011.06.14 00:00-01:00 / 福島原発ライブカメラ (Live Fukushima)
by fuku1live



2011.06.14 00:00-01:00 / 福島原発ライブカメラ (Live Fukushima)
by fuku1live



14.06.2011 In der Nacht zum Dienstag ereignete sich offenbar am AKW Fukushima eine enorme Explosion. Das zeigt die Webcam von Tepco.

Immobilien verkaufen für den Haushalt

Oldenburg - Die Grünen wollen dem städtischen Haushalt 2011 einige neue Barmittel zufließen lassen. Dieses Ziel hat zumindest ihr Antrag an den Ausschuss Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft und Hochbau, Informationen zum Verkauf von städtischen Immobilien vorzulegen.

Seit über 30 Jahren wird mehr und mehr Gemeineigentum verkauft. Oft arbeiten Politiker dabei mit privaten Interessenten gut zusammen. 😊 Die Schulden der Städte sind trotzdem ständig und stark gestiegen. Grund um mehr zu verkaufen. Wo endet diese Umverteilung? 10 Prozent der Bevölkerung besitzt heute 60 Prozent des gesamten Vermögens. 90 Prozent teilen sich 40 Prozent.

Weser-Ems-Halle



Hier sollen Millionen reingesteckt werden.

OL. Wenn es um Kinder,

Bildung und Lernräume geht, heißt es: „Kein Geld.“

Die Weser-Ems-Halle gehört seit dem 1. Januar 1994 zu 100 Prozent der Stadt Oldenburg. Schon heute hat sie eine Gesamtfläche von ca. 13.000 m² und ein Gesamtfassungsvermögen von rund 16.000 Besuchern. Schon jetzt kostet die Halle den Bürgern viele Millionen jährlich.

Menschen aus der Region sollen angelockt werden. Sie sollen reisen und in OL ihr Geld ausgeben. Das Umland verödet.



Max Frisch:

„Die Stadt nämlich (...) ist nicht die Angelegenheit der Städtebauer, sondern der Städtebewohner. Es ist nicht nur statthaft, sondern Zeitgenossenpflicht, dass sie sich zum Wort melden.“



Bahnlärm

**Oldenburger fordern
Umgehungsstrasse
Sternmarsch am 2. Juli**



Der Unmut unter den Bürgern wird immer größer. Am 2. Juli gibt es eine **Großdemonstration durch die Stadt.** „Noch mögen die Menschen hier äußerlich ruhig sein (...) Aber sie alle haben schon die Faust in der Tasche. (...) „Die Demo soll verdeutlichen, dass die Bahnproblematik mit der drohenden Gesundheitsgefährdung durch Gefahrguttransporte und der drohenden Lärmbelästigung nicht nur ein Anliegen der Bahnanwohner, sondern aller Oldenburger ist“

<http://www.nwzonline.de/Region/Stadt/Oldenburger/Artikel/2634987/Sternmarsch-gegen-L%E4rm-von-der-Bahn.html>
<http://iwp-oldenburg.de/index.htm>

**„...täglich mehr als
100 Güterzüge direkt
durch Oldenburg...“**





<http://www.youtube.com/user/letsmakemoneyfilm?blen>

OSAMA BIN LADEN alias CIA-Agent TIM OSMAN

03.05.2011 **Die angebliche Tod von Osama Bin Laden wirft immer mehr Fragen auf.**

USAMA IBN LADIN gilt „beim saudischen Geheimdienst wie auch bei der CIA als Idealbesetzung“, (JOHN K.

COOLEY, *Unholy Wars: Afghanistan, American and International Terrorism*, Pluto Press, London 1999; zit. n. NAFEEZ M. AHMED, *Geheimsache 9/11*, S. 263 f.)

Zwei Monate nach dem 11. September 2001 (!) war „TIM OSMAN“ für die CIA im Tschetschenien-Krieg aktiv. (vgl. WOLFGANG EGGERT, *Angriff der Falken*, S. 84 ff.)

„Nichts von alledem wird US-Geheimdienst-Agenten nicht wohlvertraut sein, haben sie doch dicke Berichte über diese besagten Aktivitäten aufgestapelt.“ (Beides zit. n. NAFEEZ M. AHMED, *The War on Truth*, S. 136)

Am 31. Oktober 2001 enthüllte die Pariser Tageszeitung *Le Figaro*, daß noch kurz vor dem 11. September 2001 bestes Einvernehmen zwischen USAMA IBN LADIN alias TIM OSMAN und dem U.S.-Auslands-Geheimdienst CIA geherrscht hatte – obwohl IBN LADIN zu jenem Zeitpunkt seit fast einem Jahrzehnt als angeblicher „Terrorist“ auf der internationalen Fahndungsliste der U.S.A. den ersten Rang einnahm!

Der französische Rundfunksender Radio France International gab am selben Tag die Identität des bis dahin anonymen CIA-Agenten, der seinen Kollegen TIM OSAMAN alias USAMA IBN LADIN

„Das wichtigste für uns ist, Osama Bin Laden zu finden. Es ist unsere oberste Priorität, und wir werden nicht ruhen, bis wir ihn finden.“ (GEORGE W. BUSH am 13. September 2001; zit. n. MICHAEL C. RUPPERT, *Crossing the Rubicon*, S. 123)

„Ich weiß nicht, wo er ist. Ich habe keine Ahnung, und es kümmert mich wirklich nicht. Es ist gar nicht so wichtig. Es ist nicht unsere Priorität.“ (GEORGE W. BUSH am 13. März 2002; zit. n. MICHAEL C. RUPPERT, *Crossing the Rubicon*, S. 123)





18. Juni 2011 - 20 Uhr - Blick aus meinem Arbeitszimmer

Ich wünsche euch einen schönen Sommer. 😊

Ich bin mit dem Rad unterwegs Richtung Schleswig-Holstein

„**Publik**“ ist eine private, politische und kritische Mail-Information, mit dem Schwerpunkt Bildung. Die Interessen der Kinder werden in den Mittelpunkt gestellt. Der Verteiler umfasst über 6000 Meinungsmultiplikatoren vor allem in Niedersachsen und Oldenburg und erreicht durch Weiterleitung zwischen 7 und 10.000 Adressaten. Rückmeldungen sind erwünscht. (an@berndsiegel.de) Der Verfasser ist u. a. Erziehungswissenschaftler, Produzent und Moderator der TV-Sendereihe: „Zukunft Bildung“, ehrenamtlicher Jugendrichter am Landgericht und war u. a. im Landeselternratsvorstand.

Quellverweise: Wenn nicht anders angegeben ist: **Blaue Schrift** = eigene Worte. **Schwarzer Text** = Zitate, die durch Textsuche im Internet gefunden werden können. **Andere Farben** = **Hervorhebungen vom Verfasser**. Bilder aus dem Internet.

Einen Link zum [„anmelden“](#) oder [„abmelden“](#) findest du in der Mail. Oder einfach antworten.